



eingereicht am 9. April 2025

### Anfrage: Abtreibungsgegner\*innen vor dem Spital Wil

Aktuell kommt es vor dem Spital Wil immer wieder zu Protesten von Abtreibungsgegner\*innen. Die Demonstrierenden sind mit Schildern präsent und beten dafür, dass Abtreibungen «beendet» werden. Ihr Ziel ist klar: Abtreibungen sollen «undenkbar» werden. Diese Versammlungen, welche vielleicht auf den ersten Blick harmlos wirken, finden gezielt vor Eingängen von Kliniken statt und stellen eine erhebliche Belastung für Patient\*innen und medizinisches Personal dar. Christlich fundamentalistische und rechtskonservative Kräfte machen in den letzten Jahren zunehmend Stimmungen gegen das Selbstbestimmungsrecht von gebärenden Personen und greifen somit fundamental an, wofür unsere demokratischen Grundwerte stehen und wofür feministische Bewegungen Jahrzehnte gekämpft haben.

Die freie Wahl, ob und wann jemand Kinder kriegt, ist ein Menschenrecht. Schwangere Personen, die sich für einen Abbruch entscheiden, befinden sich in einer sensiblen Situation. Abtreibungsgegner\*innen, die ungewollt Schwangeren Vorwürfe machen oder sie teilweise gar als «Mörder\*innen» bezeichnen, stellen für ungewollt schwangere Personen eine erhebliche psychische Belastung dar und beeinträchtigen den ungehinderten Zugang zu medizinischer Versorgung. Zudem wird das Gesundheitspersonal dadurch in der Ausübung ihrer Pflicht gegenüber Patient\*innen und deren Wohl behindert.

Diesen Angriffen auf das Selbstbestimmungsrecht und die reproduktive Gesundheit muss entschieden entgegengetreten werden. Die heute geltende Fristenregelung wurde vor 22 Jahren mit grosser Mehrheit an der Urne angenommen; die Kostenübernahme durch Krankenkassen 2014 nochmals deutlich bestätigt. Es ist im gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen Auftrag von jedem öffentlich-rechtlichem Spital in der Schweiz, Abtreibungen durchzuführen und somit ein wichtiger Teil der Grundversorgung. In anderen Ländern, darunter Deutschland, wurden bereits sogenannte "Bannmeilen" oder "Pufferzonen" um medizinische Einrichtungen eingeführt, um Belästigungen zu verhindern. Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit wird dadurch nicht beeinträchtigt.

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Hat der Stadtrat Kenntnis von solchen Aktivitäten im Umfeld des Spitals in Wil?
- Sind diese «Protestaktionen» bewilligt und wenn ja auf Grund welcher Grundlage? Wenn nein, wieso wurden sie toleriert?
- Besteht die Möglichkeit, sogenannte Gehsteigbelästigungen vor Spitälern künftig einzuschränken, wie es beispielsweise in Deutschland der Fall ist und wenn ja, ist der Stadtrat bereit, mit dem Spital Wil solche Massnahmen zu diskutieren und einzuführen?
- Inwiefern arbeitet die Stadt mit den betroffenen medizinischen Einrichtungen zusammen, um die Sicherheit von Patient\*innen und Personal zu gewährleisten und schwangeren Personen einen sicheren Zugang zu Abtreibungen zu ermöglichen?
- Welche Schritte unternimmt die Stadt, um Aufklärungsarbeit gegen solche Proteste und für reproduktive Rechte (Beratungsangebote etc.) zu leisten?

Wil, 09.04.2025, Erstunterzeichnerin:  
Ronja Stahl, Stadtparlamentarierin SP